

D. Dringlichkeitsanträge an den 12. Landesparteitag

D.3. Asyl – Die Herausforderungen annehmen

EinreicherInnen: Juliane Nagel, Kerstin Köditz, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Silvio Lang, Stefan Hartmann, Volkmar Wölk, Enrico Stange, Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge den folgenden Antrag beschließen:

1 Die Bilder aus Meißen, Freital, Heidenau und den vielen anderen Orten im Freistaat und bundesweit
2 schockieren und empören zugleich: Gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte wird protestiert.
3 Menschen, die in Not zu uns gekommen sind, werden angegriffen. RechtspopulistInnen, RassistInnen,
4 Nazis, aber auch viele Unorganisierte – oft fälschlicherweise besorgte BürgerInnen oder
5 AsylkritikerInnen genannt – marodieren durch die Straßen des Freistaates und die Polizei zeigt sich
6 zunehmend machtlos, der Lage her zu werden. Sachsen im Jahr 2015 ist Symbol für die Kapitulation
7 des Rechtsstaates, Sachsens Demokratie ist schwer krank.

8 Es muss festgehalten werden: Das ist alles auch Ergebnis der verfehlten Politik der in Sachsen seit
9 einem Viertel Jahrhundert regierenden CDU. Sie hat Ressentiments nicht widersprochen, sondern sie
10 zum Teil noch mit geschürt. Sie suchte lieber den „Dialog“ mit vermeintlich besorgten BürgerInnen
11 über deren „Sorgen und Nöte“, statt die tatsächlichen Sorgen und Nöte derer ernst zu nehmen, die
12 sich von diesen Leuten bedroht fühlen müssen. Sie hat Geflüchtete unsichtbar gemacht und ihnen
13 jede Chance auf Teilhabe verwehrt. Die Staatsregierung in Ignoranz der offensichtlichen Fakten – dass
14 nämlich immer mehr Menschen zu uns kommen werden – versagt seit langem bei der Koordination der
15 Erstaufnahme Geflüchteter. Statt langfristiger Planung, Einbeziehung von Kommunen und BürgerInnen
16 und Dialog werden teilweise nur wenige Stunden vor der Ankunft der Geflüchteten Entscheidungen
17 durchgestellt. Mangelnde Planung und Koordinierung führen zu unhaltbaren Zuständen im Freistaat. In
18 einem Land mit erheblichem Gebäudeleerstand müssen Menschen zu hunderten in Turnhallen und
19 leeren Baumärkten sowie bei Wind und Wetter in Zelten hausen. Das alles unter teilweise skandalösen
20 hygienischen Bedingungen und ohne ausreichende medizinische Versorgung. Inakzeptable sächsische
21 Realität im Jahr 2015.

22 Nehmen wir die Fakten zur Kenntnis: rund 60 Millionen Menschen weltweit befinden sich derzeit auf
23 der Flucht. Sie fliehen vor Kriegen und bewaffneten Auseinandersetzungen, vor Verfolgung und
24 Unterdrückung, aber auch vor unhaltbaren wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen in ihren
25 Ländern. Wir erleben die größten Fluchtbewegungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die
26 Wenigsten von ihnen kommen nach Europa und Deutschland, auch auf Grund der restriktiven
27 Abschottung der EU-Außengrenzen. Tausende starben allein in diesem Jahr beim Versuch, Europa zu
28 erreichen. Die, die zu uns kommen, verbinden dies mit der Hoffnung auf ein friedliches, besseres
29 Leben. Doch immer wieder werden sie mit offenem Hass konfrontiert. Dort, wo der Hass auf den
30 Straßen steht, dort werden wir intervenieren. Wir zeigen Gesicht gegen Rassismus und
31 Menschenfeindlichkeit. Wir helfen denen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Das ist
32 unverrückbarer Bestandteil unseres Menschenbildes und unseres Programms.

33 **Wir müssen die Herausforderung für Sachsen annehmen!**

34 Die aktuellen Debatten sind jedoch befremdlich: Bis vor wenigen Monaten klagten alle Regionen im
35 Land über die Folgen des zunehmenden Bevölkerungsrückgangs. Gegenüber 1990 leben heute rund
36 800.000 Menschen weniger im Freistaat Sachsen. Das sind rund 15 Prozent der Gesamtbevölkerung.

37 Gleichzeitig werden auch im politischen Freistaat und insbesondere bei der Union die Stimmen laut,
38 die eine restriktive Durchsetzung des Asylrechtes – bzw. dem, was von ihm nach dem sogenannten
39 Asylkompromiss von 1993 übrig geblieben ist – fordern. Mit dem Pochen auf Rechtsvorschriften allein
40 werden wir, wird der Freistaat die aktuelle humanitäre Krise jedoch nicht bewältigen können.

41 Statt Angst vor einer vorgeblichen „Asylflut“ zu schüren, muss die Politik im Freistaat die
42 Herausforderung annehmen. Die Realität im Jahr 2015 ist: Menschen in Not kommen zu uns. Sie
43 suchen eine Perspektive, ob kurzfristig oder dauerhaft. Geflüchtete werden Teil unserer Gesellschaft.
44 Sie sind nicht wegzudiskutieren oder zu ignorieren. Sie nehmen bis in die kleinsten Orte des Landes
45 am gesellschaftlichen Leben teil. Die Aufgabe der sächsischen Gesellschaft besteht darin, die
46 Menschen willkommen zu heißen und ihnen eine Perspektive in unserem Land zu geben. Die
47 Zivilgesellschaft, die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung müssen die gesellschaftliche
48 Bereicherung erkennen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Sachsen ist ein
49 Einwanderungsland – und war es eigentlich schon immer. Sachsen wird bunter und das ist gut so in
50 einer globalisierten Welt. Dieser Realität kann man sich nicht verschließen, allein schon, weil der
51 Freistaat zur Aufnahme von Geflüchteten verpflichtet ist. Wir verschließen die Augen nicht davor, dass
52 der Prozess nicht einfach werden wird. Schließlich prallen verschiedene Erfahrungs- und
53 Lebenshintergründe aufeinander. Wir begreifen diese Situation jedoch als Chance, Gewissheiten in
54 Frage zu stellen und neu auszuhandeln. Wir sind dazu bereit.

55 Reines verwalterisches Handeln allein wird nicht helfen, um diese Aufnahme- und Inklusionsleistung
56 zu erreichen, sondern menschliches politisches Handeln und das Ausreizen aller Möglichkeiten, die
57 Politik hat, stehen auf der Tagesordnung. Es braucht ein Landesentwicklungskonzept für Sachsen,
58 welches den neuen gesellschaftlichen Anforderungen vor denen wir schon heute stehen und welche
59 uns auch weiter ereilen werden, gerecht wird.

60 Wir haben keine Angst vor gesellschaftlicher Veränderung, aber wir haben Angst davor, dass die CDU
61 in ihrer Planlosigkeit eine Chance versäumt und ein Chaos anrichtet, welches nur schwer wieder ins
62 Lot zu bringen wäre. Das Willkommen in Sachsen zu gestalten und gegen Rassismus und
63 Menschenfeindlichkeit einzutreten sind Aufgaben, bei denen wir bereit sind, überparteilich mit allen
64 demokratischen Kräften im Land zusammenzuarbeiten, das schließt die CDU ein, aber die AfD aus.
65 Unsere Hand ist und bleibt ausgestreckt – im Namen aller Menschen in unserm Land, egal wie lange
66 sie schon hier leben und im Namen all derer, die noch zu uns kommen werden. Dies geschieht nicht
67 bedingungslos, sondern unter der Prämisse der Wahrung von Menschenwürde und Menschenrechten
68 derer, die zu uns kommen.

69 Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Konflikten fliehen, verlassen ihre Heimat nicht freiwillig –
70 genauso wenig wie diejenigen, die vor Hunger, Not und Perspektivlosigkeit fliehen. Und niemand
71 nimmt die Strapazen einer Flucht auf sich, weil in der Bundesrepublik ein Taschengeld winkt.
72 Solcherlei populistische Einlassungen gerade auch aus der herrschenden Politik erteilen wir eine klare
73 Absage. Geflüchtete sind auch kein vorübergehendes „Problem“. Viele Menschen, die zu uns
74 kommen, weil sie unfreiwillig ihre Heimat verlassen haben, werden auch dauerhaft bleiben, weil sie bei
75 uns ein neues Zuhause finden und sich eine neue Existenz aufbauen. Heißen wir sie also willkommen.

76 **„Wir leben auf Kosten der dritten Welt und wundern uns, wenn das Elend anklopft.“ - Gregor
77 Gysi**

78 Selbstverständlich gibt es auch Menschen, die nicht aus politischen Gründen zu uns kommen.
79 Mangelnde Lebens- und wirtschaftliche Perspektive, Armut, Hunger und Umweltzerstörung treiben
80 Menschen weltweit in die Flucht. Im Übrigen ist das schon seit vielen hundert Jahren so. Uns ist
81 bewusst, dass für diese Menschen, die eine neue Perspektive in unserem Land suchen, das Mittel des
82 Asyls nicht der richtige Weg ist. Viele von ihnen müssen die Bundesrepublik aufgrund der restriktiven
83 Asyl- und Zuwanderungsgesetzgebung wieder verlassen. Aber auch diese Menschen haben ein Recht

84 auf ihr persönliches Glück und die Freiheit der Entfaltung. Dass Menschen sich in dieser Hoffnung auf
85 den Weg machen, ist für uns nicht verwunderlich und erst recht nicht verwerflich. Weil für uns jedes
86 menschliche Leben gleichwertig ist, können und wollen wir ihnen dies nicht verwehren. Aber für diese
87 Menschen benötigen wir andere Mittel: Zum einen das Mittel der Einwanderung, hier ist der Bund in
88 der Pflicht, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir lehnen dabei jedwede
89 Argumentation nach „Nützlichkeitslogik“ ab. Jeder Mensch muss ein Recht auf Freizügigkeit haben!

90 Gleichzeitig müssen wir die Rahmenbedingungen für ein Leben in Freiheit und Menschenwürde in
91 diesen Ländern schaffen. Das heißt: Wir müssen Fluchtursachen bekämpfen! Wenn das T-Shirt im
92 heimischen Discounter für Hungerlöhne in Bangladesch genäht wird, das Smartphone Seltene Erden
93 enthält, welche unter unmenschlichen Bedingungen geschürft werden, unsere Lebensmittel billiges
94 Palmöl enthalten, das in riesigen Monokulturen gewonnen wird und der westliche „Biosprit“ die
95 Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel auf Rekordniveau treiben, dann hat die westliche
96 „entwickelte“ Welt einen Anteil an Armut, Hunger und Umweltzerstörung weltweit. Und wenn
97 Deutschland Exportweltmeister sein will mit seinen riesigen Außenhandelsüberschüssen, heißt das
98 immer auch, dass wir hier etwas produzieren, was woanders nur verbraucht, aber nicht hergestellt
99 wird – und damit die Möglichkeit, den Lebensunterhalt zu bestreiten, nach Deutschland importiert
100 wurde. Noch beschämender ist es, wenn Deutschland mit seiner historischen Verantwortung
101 weiterhin durch Rekordwaffenexporte an Krisenherden, Kriegen und Unterdrückung weltweit
102 mitverdient.

103 **Was zu tun ist?**

104 Sachsen muss sich auf die veränderten Rahmenbedingungen dauerhaft einstellen. Erste konkrete
105 Vorschläge hat unsere Landtagsfraktion mit ihrem Integrationspapier unterbreitet.

106 Mehr noch bedarf es einer neuen Konzeption des Landesentwicklungsplanes, der die gegebenen
107 Umstände einbindet. Die Menschen im Freistaat müssen in diese Entwicklung eingebunden werden.
108 Ehemalige LehrerInnen, arbeitslose SozialpädagogInnen oder Sprachkundige sind geradezu
109 prädestiniert, die Integration der Menschen, die zu uns kommen, zu begleiten. Bürokratische
110 Barrieren, wie die diskriminierende Vorrangprüfung, die beispielsweise die Besetzung von freien
111 Ausbildungsstellen und offener Fachstellen verhindern, müssen abgebaut werden. Wir wollen
112 verhindern, dass Menschen dauerhaft auf die Leistung der Sozialsysteme angewiesen bleiben müssen.
113 Deshalb wollen wir Geflüchteten auch die Möglichkeit geben, einer Arbeit nachzugehen können
114 unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Die notdürftige Änderung der Gesetzeslage nützt nichts,
115 wenn der Weg in der Praxis nicht frei gemacht wird. Wir wollen staatlich finanzierten Sprachkursen
116 von Beginn des Aufenthaltes in Deutschland und in Sachsen, Berufsorientierungsphasen und die
117 Vereinfachung der Anerkennung von Abschlüssen. Gleichzeitig ist der Bund in der Pflicht,
118 Möglichkeiten zur Zuwanderung jenseits des Asylrechts zu schaffen, explizit nicht nur für verwertbare
119 Arbeitskräfte.

120 Denjenigen, die in dieser Gesellschaft abgehängt sind, müssen wir verdeutlichen, dass von den
121 Menschen, die zu uns kommen, weder eine Gefahr noch Konkurrenz ausgeht. Soziale Verwerfungen
122 wurden und werden nicht durch die Geflüchteten verschuldet, sondern durch eine kapitalistisch
123 ausgerichtete Politik. Daher muss die soziale Schere, die sich gebildet hat, sozialpolitisch geschlossen
124 werden. Solidarität muss in unserer Gesellschaft wieder Einzug halten lassen – dazu kann und muss
125 auch eine Landesregierung beitragen.

126 Der Landesparteitag erwartet von den Mitgliedern der LINKEN in ihren jeweiligen Strukturen, aber
127 auch in den gesellschaftlichen Schichten und Milieus wo sie verankert sind, im Sinne dieses Antrages
128 zu handeln.

129 Von der Landtagsfraktion der LINKEN Sachsen erwartet der Landesparteitag weiterhin einen
130 ganzheitlichen Ansatz in der Asyl- und Geflüchtetenpolitik. Denken wir immer daran: Was wir für
131 Geflüchtete tun, tun wir für die ganze Gesellschaft. Nur so kann Integration und Inklusion
132 funktionieren.

Begründung der Dringlichkeit:

Im Laufe des Augusts, nach Antragsschluss für den Landesparteitag, erfolgte eine abermalige erschreckende Zuspitzung der Auseinandersetzung von RassistInnen und Nazis gegen Asylsuchende und ihre Unterkünfte. Heidenau ist dafür zum Synonym geworden. Gleichwohl ist es eine Aufgabe der Linken, eine schlagkräftige Antwort auf der Grundlage ihrer Programmatik und ihres Menschenbildes gerade hier im Freistaat zu formulieren. Deshalb wurde dieser Antrag als Dringlichkeitsantrag an den Parteitag gestellt.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	